

Auszug aus dem substanziellen Protokoll 121. Ratssitzung vom 26. Oktober 2016

2370. 2016/93

Motion der SVP-, FDP- und CVP-Fraktion vom 23.03.2016:

Theater Neumarkt AG, Kündigung des Subventionsvertrags auf den nächstmöglichen Termin

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt die Stadtpräsidentin namens des Stadtrats die Entgegennahme der Motion ab.

Severin Pflüger (FDP) begründet die Motion (vergleiche Beschluss-Nr. 1772/2016): Diese Motion entstand aufgrund eines konkreten Anlasses, hat aber einen weitreichenden Hintergrund. Es handelt sich um keine Strafaktion. Seit heute Morgen wissen wir, dass die SVP, CVP und FDP das Theater Neumarkt nicht grundlos angreifen. Wir haben schriftliche Anfragen gestellt, es gab eine Interpellation. Wir haben in der zuständigen Kommission immer wieder nachgefragt. Es gibt ein Überangebot an Theatern in der Stadt. Wenn man sich anschaut, wie die Theater besetzt sind, sieht man, dass die Anzahl Vorstellungen zugenommen hat, das Publikum aber nicht gewachsen ist. Auch die Verfasser des in der Verwaltung unter Verschluss gehaltenen Berichts teilen unsere Einschätzung. Die Qualität nivelliert sich, es gibt Redundanzen und zu wenige Zuschauer. Wir haben zu wenig Spielraum, um Innovatives zu unterstützen. Wir sollten uns Mittel freistellen, um beispielsweise den Tanz oder das Filmpodium zu unterstützen. Die Mittel sind in den bestehenden Häusern blockiert. Das schwächste dieser Häuser ist das Theater Neumarkt. Diesen Frühling platzte die Eiterbeule mit der Entkoppelungsaktion. Diese ist lediglich ein Symptom, das aus der Situation heraus entstanden ist. Nun möchte ich auf die Antwort des Stadtrats eingehen. Wir bestrafen niemanden. Natürlich hat das Theater Neumarkt die rote Linie überschritten. Die Motion hat aber nichts mit Zensur und Bestrafung zu tun. Es darf einen Dialog zwischen Politik und Kultur geben. Kultur darf uns den Spiegel vorhalten und wir dürfen den Ball zurückspielen. Unser Medium ist die Ratsdebatte. Es heisst, das Theater Neumarkt habe 20 000 Eintritte verkauft und liege damit weit über dem Durchschnitt. Das ist dennoch zu wenig. Der Umstand, dass diese Zahl über dem Durchschnitt liegt, liegt daran, dass es in den letzten Jahren zu wenige Zuschauer gab. Es heisst, die finanzielle Situation des Theaters sei immer in Ordnung gewesen, es habe nie rote Zahlen gegeben. Das ist falsch, wie dem Geschäftsbericht entnommen werden kann. Ein wichtiger Sponsor ist abgesprungen. An dieser Front brodel es. Offenbar wusste die Stadtpräsidentin dies schon vor der Veröffentlichung des Kulturleitbilds. Im Kulturleitbild wurde uns offenbar etwas präsentiert, durch das der Status Quo weitergeführt werden sollte. Man scheute sich, im Kulturleitbild die grossen Themen anzupacken. Wir haben damals gesagt, dass wir die Theaterlandschaft hinterfragen müssen. Das Theater Neumarkt hat sich mit dieser Entkoppelungsaktion ins Aus manövriert. Die Stadtpräsidentin sagt, sie brauche zwei Jahre für eine Auslegeordnung. Man hätte bereits beim Kulturleitbild darüber sprechen können, wir könnten es auch jetzt tun. Eigentlich liegt alles auf dem Tisch. Es geht nur darum, die Debatte auf die Zeit

nach dem nächsten Wahltermin zu verschleppen.

Namens des Stadtrats nimmt die Stadtpräsidentin Stellung.

STP Corine Mauch: Die NZZ hat heute einen Artikel zum Thema verfasst. Der Artikel basiert auf einem als vertraulich gekennzeichneten Arbeitspapier, das durch eine Indiskretion an die NZZ gelangte. Wir machen uns Gedanken über die Zukunft unserer Institutionen. Bei diesem Arbeitspapier handelt es sich um Ideenskizzen, die ein ehemaliger Mitarbeiter der Kulturabteilung gemeinsam mit einem externen Experten erstellt hat. Das Papier erlangte nie offiziellen Status und wurde nie in einem offiziellen Gremium besprochen. Wir haben im Kulturleitbild angekündigt, eine Gesamtanalyse der Tanz- und Theaterlandschaft durchführen zu wollen. Wir haben dies begründet. Es handelt sich um einen normalen Prozess. Die Einbettung in eine Gesamtanalyse des Arbeitspapiers fehlt. Deshalb wurde das nicht weiterverfolgt. Wir wollen eine Gesamtanalyse durchführen. Severin Pflüger (FDP) verwahrt sich dagegen, dass diese Motion eine Strafaktion darstellen soll. Wenn man sich anschaut, wann die Motion eingereicht wurde, ist klar, dass die Motion aus den Diskussionen zur Entkoppelungsaktion heraus entstand. Damals habe ich mich zur Aktion klar geäußert. Es ist nicht sinnvoll, einen Einzelentscheid losgelöst vom Gesamtgefüge als Strafaktion zu fällen. Wir werden mit den Institutionen zusammenarbeiten, ich hoffe, dass wir schneller sein werden, als dies der ursprüngliche Plan vorgesehen hat.

Weitere Wortmeldungen:

Christina Hug (Grüne): Wir lehnen die Motion ab. Severin Pflüger (FDP) konnte uns nicht davon überzeugen, dass dieser Vorstoss keine Reaktion auf die Entkoppelungsaktion darstellt. Der Vorstoss ist nicht nur chronologisch, sondern auch kausal aus der Aktion heraus geboren. Es scheint so, als ob es den einreichenden Fraktionen nun peinlich wäre, dass sie sich aufgrund einer misslungenen künstlerischen Aktion zu solch einer drastischen Aktion hinreissen lassen. Deshalb werden andere Argumente gegen das Theater Neumarkt ins Feld geführt, so beispielsweise die Qualität und ein angeblicher Rückgang der Besucherzahlen. Ich habe in jüngerer Vergangenheit lohnenswerten Theateraufführungen im Theater Neumarkt beigewohnt. Der springende Punkt ist, dass es nicht darauf ankommen darf, ob uns gefällt, was am Theater Neumarkt gezeigt wird. Mit unseren Subventionen ermöglichen wir freie künstlerische Arbeit. Ich will nicht wissen, wohin das führen würde, wenn wir anfangen, immer mit Kürzungen oder Streichungen zu drohen, wenn uns etwas nicht passt.

Dr. Daniel Regli (SVP): Die Motion ist sicher nicht allen drei Parteien peinlich. Wir danken den Fraktionen der FDP und CVP, dass sie gemeinsam mit uns nach dieser Entkoppelung die Motion eingereicht haben. Die FDP gewichtet anders als wir. Aus unserer Sicht ist das Theater Neumarkt ein linksdestruktives Unterhosen-theater. Die 5,4 Millionen Franken an Subventionen sind eine Fehlinvestition. Wir können froh sein, dass deutlich geworden ist, wie politisch ein von der Stadt subventioniertes Theater gegen die SVP arbeitet. Uns geht es darum, dem Neumarkt den Stecker zu ziehen. Die FDP sieht allenfalls die Möglichkeit, den Stecker eines Tages wieder einzustecken. Das ist nicht

unser Wunsch. Es handelt sich um eine Kulturinstitution, die sich zu weit hinausgelehnt hat. Es geht vergessen, was eigentlich passiert ist. Deshalb möchte ich es nochmals Revue passieren lassen. Man hat dem mit den meisten Stimmen gewählten Nationalrat der SVP gesagt, er sage schlimmere Sachen als Julius Streicher, ein Antisemit, der zu Genozid aufgerufen hat. Man hat gesagt, Roger Köppel sei genauso schlimm wie Julius Streicher. Es wurde ein Voodoo-Priester aus Kamerun eingeflogen, der zum Glück am Flughafen aufgehalten wurde. Er sollte Roger Köppel endgültig verfluchen. Die Fluchaktion wurde ausgeweitet. Man brauchte Werbung. Die Community im Internet wurde eingeladen, mitzumachen. Man konnte Roger Köppel mit beispielsweise AIDS, Ebola und zwanghaftem Onanieren belegen. Es kamen innert kürzester Zeit 800 000 Klicks zustande.

Mark Richli (SP): *Ich kann mich in allen Punkten der Stadtpräsidentin Corine Mauch und Christina Hug (Grüne) anschliessen. Ich möchte auf einige Aspekte eingehen, die Severin Pflüger (FDP) aufgriff. Die Aktion lässt sich als doppeltes politics by newspaper bezeichnen. Einerseits ging es um die Entköpplungsaktion. Wir sind uns einig, dass diese Aktion dumm war. Heute erschien ein Artikel bei der NZZ, der nicht auf Fakten beruht. Diese Motion ist reine Polemik. Es ist nicht unsere Aufgabe, inhaltlich Kultur prägen zu wollen. Wir verstehen zu wenig davon. Es ist wichtig, die Gesamtanalyse seriös durchzuführen.*

Dr. Ann-Catherine Nabholz (GLP): *Wir lehnen die Motion ab. Wir sind der Ansicht, dass der medial hochgekochte Skandalmodus weder der Kultur, noch der Kulturpolitik etwas bringt. Genau das ist das Problem der Motion. Man kann auch schriftliche Anfragen ins Feld führen, den Motionären geht es darum, dass das Theater Neumarkt zu teuer ist und nichts mehr bringt. Anstatt Avantgarde werde nur noch Populäres geliefert. Eine Inszenierung war so politisch, dass sie die Grenzen der Kunstfreiheit für Einige überschritten hat. Dies rechtfertigt offenbar für Einige das Vorgehen gegen ein Theater, dessen Programm weitläufiger ist als diese eine Inszenierung. Auch wir finden, dass die Theaterlandschaft von Grund auf überprüft werden soll. Wir haben eine entsprechende Motion eingereicht. Wir warten zunächst ab, was dabei herauskommt. Wir sind überzeugt, dass Kunst irritieren soll und unsere Wahrnehmung wachrütteln darf. Dazu darf sie manchmal auch Grenzen überschreiten. Nur mit dieser Freiheit kann die Kunst dem Anspruch gerecht werden, die Gesellschaft durch ein neues Sinnangebot zu bereichern, indem sie sich nicht brav an gängige Wahrnehmungsmuster und Wertediskussionen hält, sondern neue Interpretationspielräume schafft. Ob diese Inszenierung eine Bereicherung war, muss diskutiert werden. Dabei darf man in einer politischen Diskussion keine moralischen Ansprüche an die Kunst stellen. Eine politisch oder moralisch korrekte Haltung ist kein Garant für gelungene Kunst. Wir dürfen nicht nur diejenige Kunst als förderungswürdig erachten, die unserer Weltanschauung entspricht. Natürlich geniessen Künstler keine pauschale Immunität. Solange eine Handlung in dem Rahmen stattfindet, in dem sie als Kunstaktion interpretiert wird, legen wir die Kunstfreiheit sehr liberal aus. Wir lehnen deshalb die Strafaktion deutlich ab und hoffen, dass man sich nochmals Gedanken über die Grenzen der Kunstfreiheit und Kunstpolitik macht.*

Rosa Maino (AL): Severin Pflüger (FDP) sagt, es handle sich um keine Strafaktion. Die Fraktion der AL lehnt die Motion entschieden ab. Wir verstehen sie als Strafaktion. Sie ist als Reaktion auf die einzelne Performance eingereicht worden. Es wird Abstrafung und Abschaffung einer verdienten Kulturinstitution aufgrund einer missliebigen Darbietung gefordert. Wir finden diese Forderung unerhört und gemeingefährlich. Die bürgerlichen Parteien wollen am Theater Neumarkt ein Exempel statuieren. Es ist konsequent, dass die SVP das Theater abschaffen will, da sie gegen jegliche staatliche Kulturförderung ist. Die FDP versucht sich kulturpolitisch zu positionieren und hat Mühe, ihre Rolle zu finden. Die grossen Brocken sind unantastbar. Es ist nicht das erste Mal, dass das Theater Neumarkt mit einer Schliessung bedroht wird. Es tut der Stadt gut, sich an diesem Theater abzuarbeiten. Die aktuelle Intendanz macht die Arbeit gut. Die NZZ hat im Januar anlässlich des Jubiläums geschrieben, das Theater Neumarkt sei ein Stein des Anstosses in der Zürcher Theaterlandschaft. Das Theater Neumarkt kann künstlerische Risiken eingehen und muss Freiheit wagen. In der NZZ wurden bereits zwei Neumarkt-Premieren begeistert besprochen. Anstatt anzuerkennen, dass sich die Besucherzahlen seit 2013 verdoppelt haben, argumentieren die Motionäre in unlauterer Weise mit längst überholten und nicht repräsentativen Zahlen.

Roger Liebi (SVP): Für uns ist es selbstverständlich eine Strafaktion. Es ist so, dass wir schon lange kritisch sind. Das Theater Neumarkt ist selbst im Stadtrat immer wieder umstritten. Man wollte es wiederholt schliessen. Aus dem Votum der Stadtpräsidentin geht hervor, dass überlegt wird, die Schliessung auch durchzuführen. Der Zeitungsartikel wird als faktenfrei bezeichnet, nachdem die Stadtpräsidentin zugegeben hat, dass es dieses Papier gibt. Es ist erstaunlich, dass das Arbeitspapier nicht einmal diskutiert wurde. Der Regierungsrat hat eine andere Ansicht zum Thema der künstlerischen Freiheit. Die künstlerische Freiheit gilt demzufolge nicht unbeschränkt. Es gibt auch entsprechende Bundesgerichtsentscheide. Wir hatten eine Debatte über die Raubkunst von Bührle. Wenn damit geworben wird, es komme ein Voodoo-Priester, der damals dabei gewesen sei, als Jörg Haider bei einem Autounfall ums Leben kam, finden Sie das dann lustig und künstlerisch? Ich finde es unglaublich. Es ist auch unglaublich, dass dies in der stadträtlichen Antwort beschönigt wird. Nach den Terror-Anschlägen von Paris habe ich gesagt, der islamistische Terror müsse aufhören, daraufhin wurde mir von Corine Mauch gesagt, ich würde provozieren. Ich finde es unglaublich, dass diese angebliche Kunstaktion in Schutz genommen wird.

STP Corine Mauch: In meinem Votum habe ich mich klar und deutlich von dieser Aktion distanziert.

Andrea Leitner Verhoeven (AL): Die Bürgerlichen fordern den Tod des Theaters Neumarkt und erinnern mich an die Königin in Alice im Wunderland. Die Motion zeigt, dass sich die Bürgerlichen für das Mass aller Dinge halten. Es wird von Avantgarde gesprochen. Es ist unmöglich, echte Avantgarde im Voraus zu erkennen. Sich als Politiker anzumassen, einem Theater den Garaus machen zu dürfen, ist absurd. Die Bürgerlichen scheinen noch nicht gemerkt zu haben, dass kulturelle Institutionen nicht nur existieren, damit die Reichen und Schönen unterhalten werden. Theater sind eine der demokratischen Errungenschaften. Es wird versucht, in diesen künstlerisch freien Raum einzu-

dringen. Das ist politisch unbedarft und gesellschaftlich unsensibel. Ich oute mich, dass ich auf dieser Website zum Projekt mitgemacht habe. Ich habe eine populistische Aktion unterstützt, die einem Populisten trotzen wollte. Ich berufe mich auf die Tradition der Fastnacht in der ursprünglichen Form. Dort werden die gesellschaftlichen Strukturen auf den Kopf gestellt.

Karin Weyermann (CVP): *Ich möchte auf den Text der Motion und Begründung eingehen. In der Motion steht nirgendwo, dass dem Theater Neumarkt Gelder gestrichen werden sollen. In der Motion steht, dass der unbefristete Subventionsvertrag gestrichen werden soll. Es steht in der Begründung, dass neu über die Zukunft des Theater Neumarkt entschieden werden soll. Dies entspricht dem, was der Stadtrat zu tun beabsichtigt. Ob eine Zusammenlegung Resultat der Überprüfung sein kann, ist offen. Es ist ein Vorteil, den unbefristeten Vertrag zu kündigen und in zwei Jahren neu zu entscheiden, wie es weitergehen wird. Ich weiss nicht, wie stark der Stadtrat daran interessiert ist, grundlegende Überprüfungen durchzuführen. Es existiert ein Bericht, der nicht besprochen wurde. Wir haben ein Kulturleitbild, durch das die Kulturausgaben ausgeweitet wurden. Es wird nicht überprüft, wie die bestehenden Subventionen anders verteilt werden können. Es ist unbestritten, dass die Entköpplungsaktion Auslöser der Motion war. Ziel ist eine grundlegende Überprüfung der Theaterlandschaft in der Stadt. Kunstfreiheit bedeutet, dass die Freiheit der Kunst gewährleistet wird. Dies bedeutet nicht, dass sie subventioniert werden muss.*

Stefan Urech (SVP): *Ich kann an Roger Liebi (SVP) anknüpfen. Es geht um die Doppelmoral. Die hier an den Tag gelegte Doppelmoral ist widerlich. Wenn im Thurgau ein Rechtsextremer zu Mord an Andersdenken aufruft, sind wir uns einig, dass dieser in der Schweiz nichts zu suchen hat. Wenn in Zürich ein Linksextremer zu Mord an Andersdenkenden aufruft, bezeichnet man das als unabhängige künstlerische Arbeit. Diese Doppelmoral ist grotesk. Die GLP ist nicht konsequent. Sie hat kurz vor dem Vorfall die Kultursubventionen hinterfragt und inszeniert sich jetzt als Retterin der kulturellen Freiheit. Der Auftrag des Theaters umfasst die intensive Auseinandersetzung mit gesellschaftlichen Fragen. Die Themen, die im Theater behandelt werden, sind alles linke Themen. Es gibt auch Zürcher, die gerne ins Theater gehen und nicht links sind. Wir haben kein nicht-linkes Theater in der Stadt. Der Direktor des Theaters Neumarkt, sein Stellvertreter und viele Mitarbeitende sind Deutsche. Es werden auch viele deutsche Gäste eingeladen.*

Dr. Jean-Daniel Strub (SP): *Wenn Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Islamophobie linke Themen sind, dann fühle ich mich unwohl. Das sind Themen, die uns alle beschäftigen müssen. Sie entsprechen dem Auftrag des Theaters Neumarkt. Diese Debatte zeigt, dass die Motion aus unterschiedlichen Motiven eingereicht wurde. Die SVP ist ehrlich genug, um zu sagen, dass es sich um eine Strafaktion handelt. Die CVP will die Überprüfung der Theaterlandschaft und geht davon aus, man müsse einem Theater den Vertrag kündigen. Die FDP kann die Überprüfung selbst durchführen und kommt zum Schluss, dass es sich beim Theater Neumarkt um ein Überangebot handelt. Der gemeinsame Nenner ist die verunglückte Produktion am Theater Neumarkt. Es braucht eine Gesamtüberprüfung. Dies können wir als SP-Fraktion mittragen. Dafür braucht es*

diese Motion nicht. Wir müssen kein Exempel an einer Institution statuieren. Es braucht eine ausreichende Überprüfung, für die man sich genug Zeit nimmt. Die Debatte muss innerhalb der Zürcher Kulturlandschaft geführt werden. Es geht darum, dass die Entscheidung auch methodisch die notwendige Akzeptanz erreichen können.

Dr. Mario Babini (parteilos): Ich habe nachgeschaut, was Kultur überhaupt bedeutet. Kultur umfasst die Gesamtheit der künstlerischen und wissenschaftlichen Leistungen, die ein Volk charakterisiert. Alle, die einen Kulturbegriff haben, der ihren Vorlieben entspricht, haben eine einseitige Sicht. Oskar Wilde hat gesagt, Kultur hänge von der Kochkunst ab. Wenn ich mir die Kochkunst des Theaters Neumarkt anschau, dann war das ungeniessbar. Nichtsdestotrotz möchte ich zu bedenken geben, dass es überstürzt wäre, jetzt dem Theater Neumarkt der Stecker zu ziehen. Für ein Theater würde dadurch ein nachhaltiger Schaden entstehen. Es ist gerechtfertigt, das Konzept genau zu analysieren.

Michael Schmid (FDP): Ich möchte die Forderung, Ursache und den Anlass der Motion darstellen. Anlass war die unsägliche Aktion, der unter dem Titel der Kunstfreiheit nicht die Absolution erteilt werden kann. Das, was im Theater Neumarkt passiert ist, ist keine Kunst. Es ist sehr irritierend, wenn in der Motionsantwort steht, dass diskutiert werden sollte, ob die Aktion künstlerisch gelungen ist. Dies ist nicht diskutabel. Wenn ein linker Politiker oder eine linke Politikerin angesprochen würde und ihre sexuelle Orientierung angesprochen würde und das Ganze mit Steuergeldern finanziert würde, wäre der Aufschrei hier im Rat gross. Die Zuschauerzahlen sind eingebrochen. Die finanzielle Situation ist problematisch. Die geforderte Auslegeordnung wurde bereits durchgeführt. Es ist irritierend, dass diese nicht diskutiert worden war. Das weckt keine Zuversicht in die angekündigte Gesamtschau. Die Forderung ist die Kündigung des geltenden Vertrags. Der Vertrag hat eine Kündigungsfrist von zwei Jahren. Wir bräuchten somit frühestens 2019 eine neue Regelung.

Markus Merki (GLP): Inhaltlich möchte ich nicht darauf eingehen, ob die Aktion gut oder schlecht ist. Die GLP hat 2015 eine Motion eingereicht, in der es um die Kündigung unbefristeter Subventionsverträge dreier Häuser ging. Die SVP überzeugt mit einer stringenten Argumentation, indem zugegeben wird, dass es sich um eine Strafaktion und eine Kündigung handelt. Die CVP und FDP haben uns damals nicht unterstützt. Es wurde auch keine Textänderung angeregt. Das Argument, es handle sich nicht um eine Strafaktion, ist unzutreffend. Die GLP ist für die Hinterfragung der unbefristeten Subventionsverträge. Diese Hinterfragung darf sich jedoch nicht auf eine einzelne Kunstaktion berufen.

Urs Fehr (SVP): Für mich bestätigt diese Debatte einmal mehr, dass die Stadtpräsidentin Corine Mauch das Wort Verantwortung nicht zu kennen scheint. Dies wurde beim Koch-Areal bewiesen. Dort hat sie ihre Verantwortung nicht wahrgenommen, so wie sie sie auch jetzt nicht wahrnimmt. Es handelt sich um eine massive Verfehlung, die stattgefunden hat. Was sagt ihr euren Kindern, wenn sie sagen, man müsse jemanden zum Krüppel schlagen? Die Wahrheit ist, dass die AL die Aktion gegen Roger Köppel gebilligt hat. Wenn man eine Linie überschreitet, braucht es eine Bestrafung.

Dr. Daniel Regli (SVP): Jean-Daniel Strub (SP) hat gesagt, ihm werde unwohl, wenn Rassismus eine linke Angelegenheit werde. Das entspricht nicht der Wahrheit. Wir setzen uns klar gegen Rassismus ein. Andrea Leitner Verhoeven (AL) hat wenigstens die harmlosesten Flüche gewählt. Das zeigt, dass der Mensch noch vorhanden ist. Dr. Ann-Catherine Nabholz (GLP) hat viel zu Kunstfreiheit gesprochen und sich selber widerlegt, indem sie sagte, man müsse über die Grenzen der Kunstfreiheit reden. Ich rechne es der Stadtpräsidentin hoch an, dass die Antwort zur Motion vom Gesamtstadtrat kommt. Sie hat ein klares Votum vorgebracht. Kulturschaffende und die Medien haben Klartext gesprochen. Es wurde eine Grenze der Kunstfreiheit überschritten. Wo ist der menschliche Aspekt in der ganzen Diskussion? Das Theater Neumarkt hat sich von der Kunstaktion distanziert und zugegeben, das Controlling sei ungenügend gewesen. Angesichts der Interviews in den Medien frage ich mich, ob die Grenze nicht künftig wieder überschritten wird. Es erfolgte keine öffentliche Entschuldigung.

Roger Liebi (SVP): Die Stadtpräsidentin hat erwähnt, dass eine rote Linie überschritten wurde. Dies wurde jedoch eingeschränkt, indem betont wurde, dass die Stadt die künstlerische Freiheit der subventionierten Institutionen respektiert. Das kann man in dieser Form nicht ernstnehmen. Für mich ist es relevant, wie die Antwort auf die Motion ausgefallen ist. Die Antwort ist fragwürdig. Ich glaube, dass der Stadtrat die Subventionen für das Theater Neumarkt hinterfragt. Es könnte sein, dass der Stadtrat auch dazu gezwungen wird, die Subventionen zu streichen, falls andere Subventionsgeber abspringen. Bereits 2015 forderte Severin Pflüger (FDP) eine Hinterfragung der Subventionen an das Theater Neumarkt. Dies wurde auch in der Süddeutschen Zeitung erwähnt.

Severin Pflüger (FDP): Das Thema wurde auf eine andere Ebene gehoben und abgehandelt, ohne dass die Motion behandelt wurde. Es wurde darüber diskutiert, ob es sich um eine Strafaktion handelt. Es wurde nicht darüber debattiert, ob der Subventionsvertrag gekündigt werden soll. Vor zweieinhalb Jahren habe ich mit einem Vorstandsmitglied des Theaters Neumarkt darüber gesprochen, dass es zu viele Theater gibt und das Theater Neumarkt der schwächste Teilnehmer ist. Daraufhin wurde mir gesagt, dass eine Zusammenarbeit mit dem Theater Gessnerallee erwägt wird. Wir haben dem Theater Zeit gelassen und mussten jetzt eingreifen. Der Auftrag an den Stadtrat ist noch immer offen. Wir sind Politiker, Auslegeordnungen gehören zu unseren Kompetenzen. Es wäre interessant zu erfahren, was in diesem Papier gestanden hat. Es handelt sich um eine breite Auslegeordnung und nicht um eine Projektskizze. Es wäre an der Zeit, dass der Stadtrat das Papier veröffentlicht. Wir haben das Öffentlichkeitsprinzip.

Die Motion wird mit 45 gegen 73 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) abgelehnt.

Mitteilung an den Stadtrat

8 / 8

Präsidium

Sekretariat